

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 120-2019
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.143

Eingereicht am: 18.04.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Graber (La Neuveville, SVP) (Sprecher/in)
von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)
Benoit (Corgémont, SVP)
Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 06.06.2019

RRB-Nr.: vom
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



5G-Moratorium aus Gründen der Datensicherheit und des Datenschutzes

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Moratorium in Bezug auf Einrichtung und Inbetriebnahme der 5G auf bernischem Kantonsgebiet zu erlassen. Dieses Moratorium hat mindestens bis zum Erscheinen des diesbezüglichen Berichts des Bundesamts für Umwelt (BAFU) zu gelten. Gegebenenfalls ist es bis zu allfälligen neuen politischen Entscheiden, die von den Bundesbehörden (Bundesrat und eidgenössische Räte) in diesem Bereich oder im Bereich datenschutzrechtlicher Fragen im Zusammenhang mit den Installationen der 5G getroffen werden, zu verlängern.

Begründung:

Die laufende Einführung von 5G im In- und Ausland wirft in der Bevölkerung und bei verschiedenen Behörden Fragen in Bezug auf Gesundheit, Auswirkungen auf die Umwelt, aber auch Datenschutz auf.

Gerade im Bereich der Datensicherheit gibt es Fragen in Bezug auf das chinesische Unternehmen Huawei, das in den 1980er-Jahren vom ehemaligen Direktor der Kommunikationsakademie der chinesischen Volksbefreiungsarmee gegründet wurde und heute den weltweiten Internet- und 5G-Markt beherrscht. Dieses Unternehmen wurde namentlich von Sunrise beauftragt, in der Schweiz die neuen 5G-Antennen zu installieren.

Da Huawei im Verdacht steht, in grossem Umfang Spionage zu betreiben, haben mehrere Staaten, wie die USA, Japan, Australien oder Neuseeland, dem Unternehmen untersagt, die für 5G nötige Infrastruktur zu installieren. Andere Staaten ziehen aus Gründen der Datensicherheit ernsthaft in Betracht, es diesen Staaten gleichzutun. Der Installateur der 5G-Infrastruktur scheint nämlich in der Lage zu sein, die übermittelten Daten später abfangen zu können.

Die Schweiz hat Huawei bis heute bezüglich der Datensicherheit der Schweizerinnen und Schweizer nicht als problematisch angesehen. Dies namentlich, weil der Bundesrat Huawei als privates Unternehmen betrachtet. Dieses Argument ist in einer offenen Gesellschaft mit einem liberalen, demokratischen System nachvollziehbar. Das Unternehmen Huawei ist aber an einen totalitären Staat gebunden, der seinem Wesen nach alle natürlichen und juristischen Personen seinem Imperium unterstellt. China verfügt sogar über eine Gesetzgebung, die seine Unternehmen zwingt, dem Staat die von ihm geforderten Daten zu übermitteln. Ausserdem manifestiert China ganz klar seine Absichten, weltweit seinen Einfluss auf Wirtschaft und Politik zu erweitern. Das geschieht heutzutage vor allem über die Technologie und insbesondere über die Mobilfunktechnologie 5G. Huawei ist Teil von Chinas Strategie, mittels der sogenannten dualen Möglichkeiten, mit denen Ziviles und Militärisches verknüpft werden kann, zu einer zivilen und militärischen Supermacht zu werden.

Da der ernste Verdacht besteht, dass der Riese Huawei und die chinesische Regierung eng zusammenarbeiten, namentlich zu Spionagezwecken, wurden im Bundesparlament jüngst mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht, so u. a. die Interpellation von Fabio Regazzi (CVP/TI): «Huawei und die Herausforderungen von 5G: Risiken und Chancen für die Schweiz». Der Tessiner CVP-Nationalrat bittet den Bundesrat darin um Beantwortung folgender Fragen:

1. *Wie beurteilt der Bundesrat die Berichte aus den USA und anderen Ländern betreffend den Verdacht gegenüber Huawei auf Betrug, Korruption und Spionage?*
2. *Wie schätzt der Bundesrat die Gefahr ein, die entsteht, wenn wir die Sicherheit unseres Landes unter dem Aspekt sowohl des Persönlichkeitsschutzes als auch der Industriespionage in einem so sensiblen Bereich dieser ausländischen Technologie aussetzen?*
3. *Beabsichtigt der Bundesrat einzugreifen, um die Geschäftstätigkeit von Huawei einzuschränken, bis das Ergebnis der laufenden Untersuchungen vorliegt? Falls ja, wie?*
4. *Die Schweiz sollte es vermeiden, von einem anderen Land abhängig zu sein, von dem zudem nicht garantiert ist, dass es die demokratischen Regeln einhält. Warum fördert die Schweiz nicht die Forschung, die Entwicklung und die Ausbildung mit dem Ziel, sich Fähigkeiten und Knowhow im Bereich der 5G-Technologie anzueignen?*

Die sicherheitspolitische Kommission des Bundesparlaments hat sich der Problematik der neuen Bedrohungen gegenüber persönlichen Daten aufgrund der Einrichtung von 5G-Technologien in der Schweiz angenommen.

Da die Einrichtung der 5G-Technologie sehr ernste und äusserst berechtigte Fragen im Bereich der Datensicherheit, der Gesundheit und der Auswirkungen auf die Umwelt aufwirft, ist es unserer Ansicht nach zwingend, gestützt auf das Vorsorgeprinzip auf das Instrument des Moratoriums zurückzugreifen, wie dies bereits sehr viele politische Behörden getan haben.

Begründung der Dringlichkeit: Die in der Schweiz tätigen grossen Telekommunikationsanbieter sind seit Anfang Jahr daran, die 5G-Technologie zu installieren. Angesichts der Dringlichkeit der Situation haben bereits mehrere Kantone angekündigt, dass sie ein 5G-Moratorium erlassen werden. Auch im Kanton Bern muss die Frage eines allfälligen 5G-Moratoriums umgehend beantwortet werden.

Verteiler

- Grosser Rat